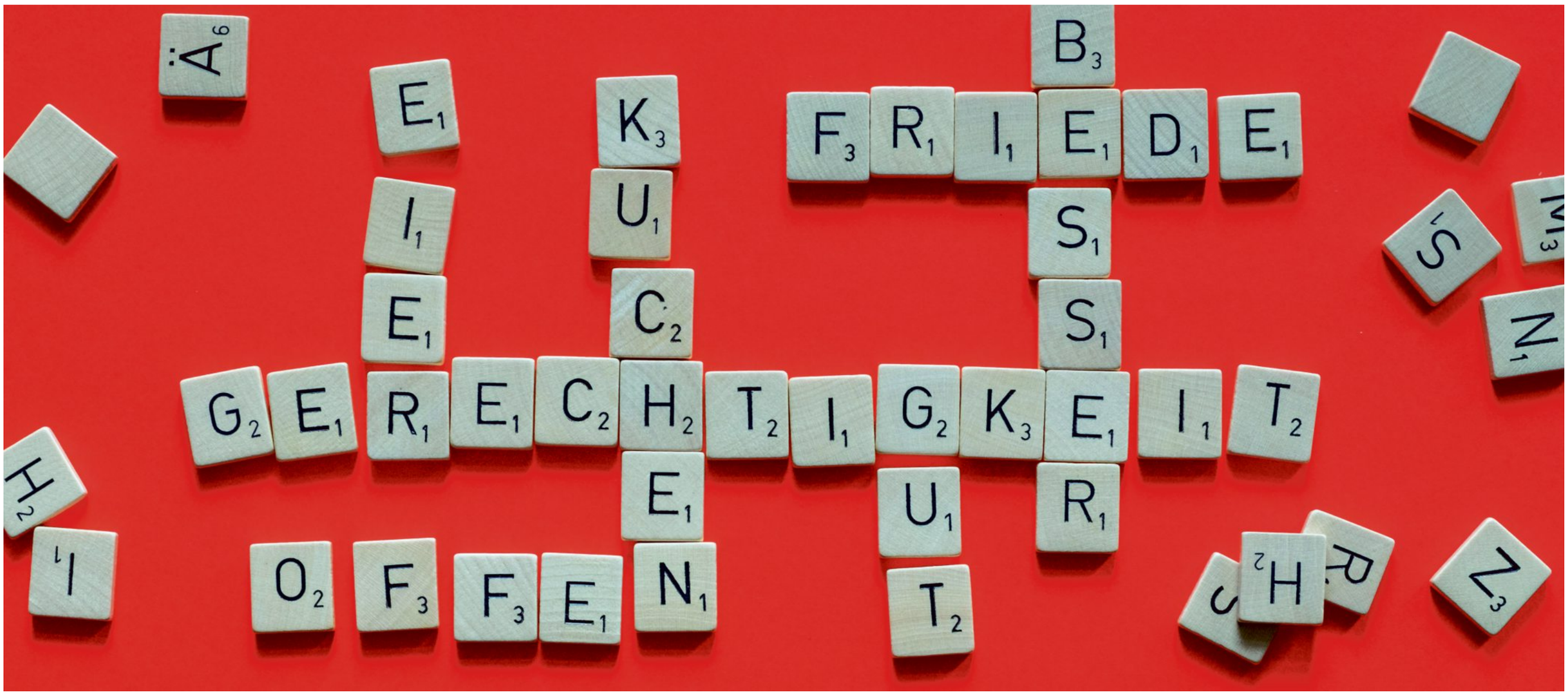

Foto Martin Ly

Bätschi ist schon mal ganz gut

Ab jetzt soll es vorbei sein mit sozialdemokratischer Blässe. Andrea Nahles gibt den Ton vor. *Von Frank Pergande*

Wie mutig die SPD doch sein kann. In dieser Woche stellte sie eine Fehleranalyse der Bundestagswahl von 2017 vor, die alles andere als schmeichelhaft für die Partei ist. Die SPD war nur noch auf 20,5 Prozent gekommen, das schlechteste Ergebnis seit 69 Jahren. Seitdem gilt die Partei als Sanierungsfall. Mit der Fehleranalyse soll der Wiederaufbau beginnen, Martin Schulz hatte sie seinerzeit noch in Auftrag gegeben. 108 Seiten dick ist die Broschüre, es gab eben wirklich viel zu sagen. Aufgeschrieben haben das fünf Autoren nach hundert Interviews mit Funktionären und Mitarbeitern der Partei.

In dem Papier werden viele Gründe genannt, weshalb die SPD scheitern musste. Die regelmäßigen Kommunikationsdesaster, auch schon bei früheren Bundestagswahlen. Die unhaltbaren Zustände im Willy-Brandt-Haus in Berlin, die schlechte Wahlkampforganisation, falsche Kandidaten, Mutlosigkeit und der ewige Streit zwischen Parteiführung und den Funktionären auf der mittleren Ebene. Vernachlässigte linke Intellektuelle als mögliche SPD-Unterstützer und die ebenso vernachlässigte Welt der sozialen Medien. Da heißt es unter anderem: „Die SPD will die Sowohl-als-auch-Partei sein, ist aber zur Weder-noch-Partei verkommen." Oder: „Fehlende Attraktivität bei jungen Wählern deutet auf ein klares Modernitätsdefizit der SPD hin." Alles sehr ernüchternd. Sogar an der Sprache ist die SPD gescheitert.

Gerade diesen Befund hatten Sprachwissenschaftler schon ausgemacht, als die Wahl noch bevorstand. Es gibt nämlich in Deutschland eine „Arbeitsgemeinschaft Sprache in der Politik", einen lockeren Verbund aus siebzig Sprachwissenschaftlern. Sie treffen sich regelmäßig, wenn Wahlen anstehen – und zwar vor dem Wahltag, aber doch zu einem Zeitpunkt, wenn der Wahlkampf praktisch gelaufen ist. Man sucht sich nette Orte: Drei Wochen vor der letzten Bundestagswahl war es Aachen. Dann schauen die Wissenschaftler, wie der Wahlkampf sprachlich ausgesehen hat bei den Parteien und was sich daraus ablesen lässt für deren Erfolg oder Misserfolg. Wobei Sprache nicht nur Worte und Sätze in Reden, Wahlslogans und Wahlprogrammen meint, sondern auch Bilder – also die Plakate und Spots.

Besondere Aufmerksamkeit fand in Aachen David Römer von der Universität Trier. Weil er sich der SPD gewidmet hatte, sozusagen einer alten Leidenschaft. Schon seine Doktorarbeit hatte er über den Sprachgebrauch der SPD in Zeiten ökonomischer und politischer Krisen geschrieben, besonders mit Blick auf die „Agenda-Rhetorik". Zu seinen Veröffentlichungen zählen auch Wörterbuchartikel, bei denen man bestimmte Wörter irgendwie mit Sozialdemokratie verbindet, wenn auch etwas augenzwinkernd. Über „malochen" schrieb er, aber auch über „Gedöns". Auch über „Saustall". Aktuell beschäftigt er sich mit der Sprache in Verschwörungstheorien.

Der Bundestagswahlkampf der Sozialdemokraten war für Römer schon deshalb ein toller Untersuchungsgegenstand, weil bei der Partei so viel schieflief. Oder in die falsche Richtung düste, wie der „Schulz-Zug". Römer wusste schon Anfang September, dass so eine Partei nicht siegen konnte. Wenn sie den „Schulz-Zug" wenigstens selbst erfunden hätte! Aber der war ursprünglich eine satirische Idee aus dem Internet. Das musste schon deshalb kurios anmuten, weil gerade der Internetwahlkampf der SPD als völlig ungenügend, ideenlos und altbacken empfunden wurde. Aber in einem privaten Internetforum, das eigentlich gegen Trump gerichtet war, erschien Schulz auf einmal in Fotomontagen als Gottkanzler in golden schimmernder Rüstung mit Europafahne in der Hand. Oder eben als unaufhaltsam in Richtung Kanzleramt rasende Lokomotive. Aus Trumps „Make America Great Again", abgekürzt „Maga", wurde auf Schulz-Plakaten „Mega", also „Make Europe Great Again". Was als Satire begonnen hatte, wurde sogar Teil der SPD-Wahlkampfstrategie – allerdings weniger in den sozialen Medien, von denen in der Partei offenbar kaum jemand eine Ahnung hatte, sondern als schlichtes analoges Plakat. Das Schulz-Mega-Motiv war fortan auf SPD-Veranstaltungen zu sehen, auf T-Shirts und Jutebeuteln der Jusos. Verrückt.

Die Medien griffen das auf, halb belustigt, halb ernsthaft. Schulz wurde immer wieder völlig überhöht dargestellt. Ein „Spiegel"-Titel machte ihn sogar zu „Sankt Martin" mit entrücktem lächelndem Schulz-Kopf in einer Glorie. Das hatte noch Witz. Später aber verlor sich im SPD-Wahlkampf die Ironie völlig. Auf dem Höhepunkt des „Schulz-Hypes" wurde Schulz allen Ernstes mit hundert Prozent zum Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten gewählt. Wie es ausging, ist bekannt. Römer nennt es „eine medial erzeugte, selbstreferentielle Wirklichkeit, die genauso schnell, wie sie erschaffen wurde, wieder verpuffte". Schulz stürzte ab, die SPD stürzte ab.

Römer sah aber auch noch einen anderen Grund, weshalb der sozialdemokratische Wahlkampf schon an seiner Sprache hatte scheitern müssen. Er machte das klar an dem Wort „Gerechtigkeit". 24 Mal kam Gerechtigkeit im Wahlprogramm vor, ein Dutzend Mal davon in dem Slogan „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit". Was das Wort Gerechtigkeit meinte, wurde allerdings nicht oder nur vage erklärt. Für den Sprachwissenschaftler handelt es sich bei dem Wahlkampf-Slogan der SPD um eine „Phraseoschablone". Da ist schon mal das Wort Phrase drin. Gemeint ist eine Sprachformel, bei der es ein festes Element gibt und ein variables drangehängt wird. Das feste hieß „Es ist Zeit für…" Das variable bestand aus dem, was Gerechtigkeit so alles sein könnte. Eben so ziemlich alles. Mal: „Es ist Zeit für sichere Arbeit." Oder: „Es ist Zeit für eine gute und verlässliche Rente." Oder auch: „Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt."

Vierzehn solcher Wendungen kamen bei der SPD vor. Sie klangen alle sehr dringend und wichtig, lösten aber nur Langeweile aus – in der Partei selbst, erst recht aber beim Wähler. Römer: „Erst wird ein Problem konstruiert, dann wird Handlungsnotwendigkeit angemahnt und schließlich gesagt, was die Partei tun will." Das konstruierte Problem sei, dass es an Gerechtigkeit mangele. Die angeblichen Lösungen aber waren vergleichsweise banal und kleinteilig: Kita-Gebühren abschaffen oder mehr Familiengeld oder Tarifverträge für Auszubildende – so etwas war gemeint. Oder eben etwas anderes, wie es gerade passte. Jedenfalls nichts, was sich wirklich im Wahlkampf irgendwie eingeprägt hätte. Für Römer ist Gerechtigkeit damit zu einem sogenannten Plastikwort geworden. Gemeint sind Wörter, die so vage sind, dass sie in allen möglichen Zusammenhängen eingesetzt werden können. Plastikwort stammt aus der Sprachwissenschaft, wurde 1988 erfunden und meint ein Wort, das zwar wie eine kleine Schmuckschatulle daherkommt, im besten Fall aber nur eine Reißzwecke enthält, im schlechtesten Fall gar nichts.

Römer fiel noch etwas auf. Auf den Schulz-Plakaten sei Gerechtigkeit als Chancengleichheit gesehen worden. Etwa so: „Eine Gesellschaft ist nur dann gerecht, wenn alle die gleichen Chancen haben." Schulz sei auch passend dazu als der Mann inszeniert worden, der seine zweite Chance genutzt habe, aus kleinen Verhältnissen nach ganz oben zu kommen. Als der Mann aus Würselen eben. Dabei habe Schulz ja gerade politisch in Aussicht gestellt, was eben nicht Chancengleichheit, sondern die alte sozialdemokratische Verteilungsgerechtigkeit ist, etwa einen längeren Bezug von Arbeitslosengeld. „Das passte nicht zusammen", sagt Römer. „Begriffe werden kaum profiliert und damit bleibt auch das Attribut sozialdemokratisch blass."

Ähnlich drastisch wie Römers sprachliche Wahlkampfbetrachtung kommt nun auch die Fehleranalyse der Partei daher. Und das Urteil der Autoren entspricht dem, was Römer schon vor der Bundestagswahl seinen Kollegen gesagt hatte. In der Fehleranalyse steht über den Begriff der sozialen Gerechtigkeit: „Der SPD ist es jedoch über weite Strecken im Wahlkampf nicht gelungen, genau zu beschreiben, was hinter der Begrifflichkeit steht." Sie sei „ihrem Markenkern" einfach nur blind hinterhergerannt, und das tue sie nun schon so lange, dass eine Bundestagswahl nach der anderen verlorengegangen sei.

Kapitel sieben widmet sich der Sprache. Von „erlahmter Rhetorik" ist da die Rede. Und das bei einer Partei, die mal die gesellschaftliche Debatte prägte mit „Ostpolitik" und „Entspannungspolitik" und noch immer vom Mythos Willy Brandt lebt. Und die heute buchstäblich nichts mehr zu sagen hat. Worte wie „Steuerlast", „Flüchtlingsstrom", „soziale Wohltaten" oder „Familiennachzug" stammten aus der Union und prägten den Wahlkampf. Und wo die Union empathisch „Lebensleistungsrente" sagt, falle der SPD nur herzlos „Solidarrente" ein.

Hinzu kam, dass sich die Sozialdemokraten auch in der praktischen Politik im Gestrüpp der Begriffe völlig verheddert hatten, zwischen Rettungsschirm, Zweckentfremdungsverbot, doppelter Haltelinie, subsidiär Schutzberechtigten oder sachgrundloser Befristung. Das verstand keiner mehr. In der Fehleranalyse heißt es: Wenn das linke Lager auf dem Feld der Sprache nicht hoffnungslos ins Hintertreffen geraten wolle, müsse die SPD wieder Begriffe besetzen, bei denen die Leute aufmerken, die sie verstehen, die etwas mit ihrem Leben zu tun haben und zugleich Haltung zeigen.

Der Sprachwissenschaftler Römer sieht das ähnlich und hat auch gleich ein paar Tipps für die SPD. Die Partei müsse für wirkliche Erneuerung auch sprachlich aufräumen. „Sprache, Denken und Handeln müssen wieder zusammenpassen, wenn man glaubwürdig sein will." Die SPD müsse wieder mehr zuspitzen und polarisieren. „Warum nicht auch den Begriff Gerechtigkeit verwenden? Das Thema beschäftigt die Leute. Viele empfinden die Gesellschaft als ungerecht. Es muss nur klar sein, was genau gemeint ist." Andrea Nahles als Partei- und Fraktionsvorsitzende ist dafür bekannt, nicht auf den Mund gefallen zu sein. Kostproben: „Auf die Fresse", „Bätschi", „Lirum, larum Löffelstiel", „Ich mach' mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt." Sogar „verdammte Kacke" hat sie gelegentlich öffentlich gesagt. Das zieht zwar auch noch keine Wähler, hat sich aber wenigstens weithin herumgesprochen. Ein Anfang für die Partei ist also gemacht.

LESERBRIEFE

Unlogisch

Politik *Zu „Existenzfragen für Europa" von Thomas Gutschker und Eckart Lohse (3. Juni):*

In ihrem Interview mit der F.A.S. beschreibt Frau Merkel die Aufgaben eines künftigen Europäischen Währungsfonds. Nach ihren Worten sollen Hilfskredite gewährt werden – „immer unter Auflagen" – für Staaten, die durch „äußere Umstände" in Schwierigkeiten geraten seien. Das passt nicht zusammen. Welche Auflagen will man denn einem Staat auferlegen, dessen Schwierigkeiten auf „äußere" (also von ihm nicht steuerbare) Umstände zurückzuführen sind? Und umgekehrt: Ein Staat, der im Inneren keine Verfehlungen zu verantworten und sich an alle Regeln gehalten hat, ist solide und kreditwürdig. Wenn er nur durch „äußere Umstände" in Schwierigkeiten kommt, kann er doch selbst am Kapitalmarkt Kredite aufnehmen. Dafür braucht es keinen EWF. Schon gar nicht dann, wenn der EWF die Kredite nur unter Auflagen gäbe, die der Staat als Fremdbestimmung ansehen müsste.

Prof. Dr. Bernd Lucke, Winsen

Fördern und Fordern

Politik *Zu „In der Not" von Lydia Rosenfelder (10. Juni):*

Beim Thema Flüchtlinge sind wir überfordert. Ich denke, wir müssen klarer abgrenzen, Bedingungen stellen und eine Vision aufzeigen. Denn: Sonst haben wir Probleme, die gerade erst ihren Anfang sehen. Wir können nicht jeden aufnehmen, denn Asyl ist etwas anderes als wirtschaftliche Gründe. Wir müssen diejenigen wieder loswerden, die hier absolut nichts zu suchen haben – Gründe gibt es einige. Wir müssen Bedingungen stellen. Sprachkurse sind ein Muss. Wir müssen aber auch Bürokratie abbauen, die es verhindert und behindert, dass jemand mit Asylhintergrund einen Job – auch einen einfachen – annehmen kann. Auch der Mindestlohn ist da nicht hilfreich in der Umsetzung. Den Kindern von Asylsuchenden muss intensiv unser System, unser Denken beigebracht werden – auch gegen den Willen ihrer Eltern. Denn: Sie sollen gute Demokraten werden und dieses Land, ihre neue Heimat für sich in ihrer Entwicklung zu nutzen wissen. Und wenn wir das alles nicht machen, werden reaktionäre Kräfte wie die AfD immer stärker und spalten unsere Gesellschaft.

Sven Jösting, Hamburg

Die Badehose

Leben *Zu „Da hört der Spaß echt auf" von Jörg Thomann (10. Juni):*

Schön, wie Sie das Missgeschick eines exponierten Politikers abhandeln, dem eine böswillige Person die abgelegte Kleidung weggenommen hatte. Gern habe ich gelegentlich an Stränden in der Umgebung von Leipzig meine Hüllen abgelegt und sie einem unsicheren Schicksal überlassen. Obgleich Wessi, hat mir da niemals jemand einen Streich gespielt. Im Zusammenhang mit der bekannten Abbildung von Ebert und Noske schreiben Sie: „Politiker in Badehosen galten als ‚nicht standesgemäß'". Das geht am Kern des Problems vorbei. Der Sattlersohn aus Heidelberg galt sowohl wegen seiner fehlenden „Satisfaktionsfähigkeit" wie auch wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie als „nicht standesgemäß" und deshalb als „unmöglicher Mann". Diese Arroganz der Akademiker aus dem Kaiserreich war der Geburtsfehler der Republik von Weimar. Lieber blieb man mit Leuten wie den Mördern von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Walter Rathenau unter sich; kein Wunder, dass man sich bei der innenpolitischen Zuspitzung nach der Wirtschaftskrise von 1929–32 Verbündete bei erklärten Gegnern des Rechtsstaats suchte als bei den Demokraten! Das Foto aus der Zeit vor Eberts Wahl zum Reichspräsidenten hatte enorme Wirkung. Es trug wesentlich zu Eberts Scheitern (und wohl seinem frühen Tod) bei. Justizminister Gustav Radbruch sagte damals: „Demokratie ist gewiss ein preisenswertes Gut. Rechtsstaat aber ist wie das tägliche Brot, wie Wasser zum Trinken und Luft zum Atmen, und das Beste an der Demokratie ist, dass gerade sie geeignet ist, den Rechtsstaat zu sichern."

Ulrich Freiherr von Heyl, Lampertheim

Kranke Zähne

Wissenschaft *Zu „Zähne wie Kreide" von Ulf von Rauchhaupt (27. Mai):*

Seit zwanzig Jahren bin ich Kinderzahnarzt in Berlin und sehe täglich von diesen Zähnen mehr – eine Epidemie. Von der Erkrankung ist immer eine Gruppe von Zähnen betroffen, die zeitgleich – meistens in den ersten Lebensmonaten – mineralisiert werden. Die danach kommenden Zähne sind nicht betroffen, was eher gegen die geäußerten Ursachen wie Antibiotika spricht. Es betrifft den Zahnschmelz, der durch Ameloblasten gebildet wird. Für mich ist deshalb klar: Die Ursache ist eine Virusinfektion, die die Ameloblasten in ihrer Tätigkeit zeitweise stört. Gegen diese Viren entwickeln wir Immunität und deshalb sind weitere Zähne nicht betroffen. Es ist auch eine logische Erklärung für das epidemische Auftreten. Ein Impfstoff könnte helfen.

Dr. Christoph Hoberg, Berlin

Leserbriefredaktion
der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung,
60267 Frankfurt/Main.
E-Mail-Adresse:
sonntagszeitung.leserbriefe@faz.de

Um möglichst viele Leserbriefe veröffentlichen zu können, sind wir leider häufig gezwungen, sie zu kürzen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv